

STEPHAN GRIGAT UND FLORIAN MARKL

# Postfaschistische Normalität in Österreich und der Siegeszug der FPÖ

Im Oktober 1999 hat die FPÖ unter Jörg Haider 27,2 Prozent der Stimmen bei den österreichischen Nationalratswahlen erhalten und in der Folge mit der konservativen Volkspartei eine Koalition gebildet. Dieser Erfolg ist nur vor dem Hintergrund der Besonderheiten der österreichischen Geschichte und Gesellschaft zu verstehen. Besonders wichtig erscheint es uns, darauf hinzuweisen, daß es sich bei *beiden* nun an der Regierung befindlichen Parteien um Nachfolgeorganisationen faschistischer Bewegungen handelt. Deshalb wird zunächst auf den Austrofaschismus und kurz auf den Nationalsozialismus in Österreich eingegangen, um daran anschließend die postfaschistische Normalität der österreichischen Gesellschaft nach 1945, aus der heraus Haider erwachsen ist, zu skizzieren. Im Anschluß daran versuchen wir, die aktuellen Entwicklungen theoretisch einzuordnen.

Über weite Strecken bleiben die vorgestellten Ausführungen jedoch überblicksartig und cursorisch. Sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und liefern keine fertige Analyse, sondern wollen lediglich einige Anregungen für weitere, nach wie vor notwendige Diskussionen geben.

## *Austrofaschismus*

Zweifellos ist Österreich so wie die BRD ein postfaschistisches Land, doch ist die postfaschistische Normalität der österreichischen Gesellschaft nicht einfach die gleiche wie in der BRD. Bei Österreich nach 1945 handelt es sich um eine doppelt postfaschistische Gesellschaft – oder genauer: sowohl um eine postfaschistische, als auch um eine postnationalsozialistische Gesellschaft.

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.«<sup>1</sup> Wie Rudolf Burger bereits in den achtziger Jahren richtig bemerkte, hat sich diesen oft zitierten und nur selten verstandenen Satz *Max Horkheimers* wohl kaum jemand so zu Herzen genommen und danach gehandelt wie die Österreicher. Sie haben von beidem nicht gesprochen.<sup>2</sup> Während eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus jedoch schon allein deshalb nicht vollkommen umgangen werden konnte, weil man sich selbst auch als Opfer darstellen wollte, ist über die Zeit des sogenannten Austrofaschismus ein Mantel des Schweigens gebreitet worden, der alljährlich nur am 12. Februar etwas gelüftet wird. An diesem Datum wird hoch offiziell der bürgerkriegsähnlichen Kämpfe gedacht, in denen Bundesheer und Heimwehren im Jahre 1934 mit militärischen Mitteln der organisierten Arbeiterbewegung ein Ende setzten. Doch diese Gedenkveranstaltungen



Stephan Grigat – Jg. 1971, Mag. phil., Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, promoviert an der FU Berlin, letzte Veröffentlichung: *Die Kritik der Politik, das Elend der Politikwissenschaft und der Staatsfetisch in der marxistischen Theorie*, in: Bruhn, Joachim u. a. (Hg.): *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*. Freiburg 2000. Foto: privat.

1 Max Horkheimer: *Die Juden und Europa*, in: Dubiel, Helmut, Alfons Söllner (Hg.): *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1984, S. 33.

2 Vgl. Rudolf Burger: *Einführung*, in: *Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte* (Hg.): *Faschismus in Österreich und international*, Wien 1982, S. 11.

dienen nicht dazu, daß man sich eines wichtigen Schrittes im Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus erinnert. Beschworen wird mit dem Hinweis auf die Wirrnisse der dreißiger Jahre vielmehr die nationale Einheit Österreichs: Keinesfalls sollen die politischen Auseinandersetzungen jemals wieder die Form des Jahres 1934 annehmen – darin sind sich alle einig, gleich ob Christlichsoziale oder Sozialdemokraten.

Über das, was sich zwischen 1934 und 1938 in Österreich zugetragen hat, nämlich die Herausbildung eines von den Christlichsozialen getragenen Faschismus, lange bevor die Nazis letztlich die Macht übernahmen, wird nicht gesprochen. Das ist beiden großen politischen Lagern durchaus recht. Die Sozialdemokraten waschen ihre Hände in Unschuld, schließlich seien sie schon 1934 ausgeschaltet worden und hätten schon allein deshalb gegen die Nazis keinerlei Widerstand leisten können. Von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) wird der Austrofaschismus dagegen als groß angelegtes Widerstandsprojekt gegen Deutschland verklärt.

Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre vertraten die bürgerlichen Parteien, allen voran die Christlichsozialen, die Position, daß eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme nur unter Ausschaltung des Parlamentarismus und der organisierten Arbeiterbewegung möglich sei. Unterstützung erhielten sie in erster Linie durch die Heimwehren. Dabei handelte es sich um bewaffnete Gruppierungen, die – ähnlich den Freikorps in Deutschland – nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gegründet wurden, um die neu entstandene Republik Deutsch-Österreich gegen deren Feinde zu verteidigen. Diese Feinde waren in einzelnen Bundesländern wie Kärnten und der Steiermark zunächst ausländische Armeen, die das Staatsgebiet bedrohten. Nach Abwendung der »äußeren« Gefahr wurden die Heimwehren allerdings nicht entwaffnet und aufgelöst, denn wichtiger wurde alsbald der Kampf gegen einen anderen Feind: den vermeintlichen Bolschewismus und dessen Inkarnation im »roten Wien« – kurz: der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Innerhalb der Heimwehren gab es von Beginn an zumindest zwei unterschiedliche politische Strömungen. Einerseits verstand sich der Großteil der Heimwehren zunächst als »Kettenhund« der bürgerlichen Parteien und hier vor allem der Christlichsozialen. Andererseits gab es aber auch, etwa in der Steiermark oder in Tirol, einen starken deutsch-nationalen Flügel, der vor allem mit rechtsextremen bewaffneten bayrischen Verbänden gute Kontakte pflegte. Als ideologische Klammer diente in erster Linie ein hochgradig antisemitisch angereicherter Antimarxismus. Die soziale Basis der meisten Heimwehrmitglieder war die bäuerliche Bevölkerung, bei der Führungsriege handelte es sich hauptsächlich um Akademiker und ehemalige Aristokraten.<sup>3</sup>

Gegen Ende der zwanziger Jahre zeigten sich die Heimwehren zunehmend unzufrieden mit ihrer Funktion als bürgerlicher Kettenhund. Sie entwickelten eigene politische Vorstellungen, die sich vielfach am Vorbild des faschistischen Italien orientierten.

Obwohl die Heimwehren spätestens ab Anfang der dreißiger Jahre ein klar faschistisches Programm vertraten, erfüllten sie bei der Konstituierung des Austrofaschismus ab 1933 trotz allem nur die Funktion, die Herrschaft der Christlichsozialen Partei zu sichern. Dies



Florian Markl – Jg. 1975, studiert Politikwissenschaft in Wien. Foto: privat.

3 Vgl. zur Entwicklung der Heimwehren F. L. Carsten: Faschismus in Österreich, München 1978 sowie Bruce F. Pauley: Nazis and Heimwehr Fascists: The Struggle for Supremacy in Austria, 1918-1938, in: Stein, Uge- luik Larsen u. a. (Hg.): Who were the fascists?, Bergen 1980, S. 226-256.

zeigte sich vor allem bei der militärischen Ausschaltung der Sozialdemokratie in den Februarkämpfen 1934.

Die teilweise prominenten Positionen von Heimwehrmitgliedern in der austrofaschistischen Regierung dürfen nicht darüber hinweg täuschen, daß deren vorübergehende Integration einerseits bloß die fragile Basis des Regimes verbreitern sollte und andererseits vor allem außenpolitisch motiviert war. Der Austrofaschismus konnte sich nur am Leben erhalten, solange das faschistische Italien für Österreich die Rolle einer Schutzmacht gegen Deutschland übernahm. Als diese Schutzmachtfunktion durch die Annäherung von Deutschland und Italien ab 1936 wegfiel, wurden auch die nun nicht mehr protegierten Heimwehrrepräsentanten sukzessive aus der Regierung entfernt und die Wehren selbst letztlich als eigenständige Organisationen aufgelöst. Deren Rolle innerhalb des Regimes nahmen fortan die »Nationalen«, also die österreichischen Nazis, ein.<sup>4</sup>

Sowohl im nationalsozialistischen Deutschland als auch im faschistischen Italien gab es mit der NSDAP beziehungsweise der Partito Nazionale Fascista Massenbewegungen, die zunächst an der Errichtung und später an der Festigung des Faschismus an der Macht entscheidend beteiligt waren.<sup>5</sup> Die 1934 per Gesetz zur österreichischen Monopolpartei erklärte Vaterländische Front hatte im Vergleich zu den beiden genannten Parteien einen anderen Charakter, denn »(s)ie war nicht der organisatorische Ausdruck einer Bewegung, sondern der Versuch, über ein von oben eingesetztes organisatorisches Konstrukt die Verschmelzung der traditionellen bürgerlichen Parteien zu erreichen«<sup>6</sup>.

Die ideologische Ausrichtung des Austrofaschismus brachte Bundeskanzler *Dollfuß* in einer programmatischen Rede im September 1933 so auf den Punkt: »Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber, die Zeit marxistischer, materialistischer Volksverführung ist gewesen! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab, wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker, autoritärer Führung.«<sup>7</sup>

Das Mittel zur Beseitigung der »materialistischen Volksverführung« – also des Klassenkampfes – sollte der Aufbau einer berufsständischen Wirtschaftsordnung sein. Die gesamte Gesellschaft sollte letztlich in sieben Berufsständen organisiert werden. Innerhalb eines solchen Berufsstandes sollten Klassenkonflikte beseitigt werden, indem Arbeiter und Unternehmer gemeinsam die Aufgabe zugeordnet war, die Interessen der jeweiligen Wirtschaftssparte zu organisieren und zu vertreten.

Der Umbau der Wirtschaft sollte in drei Etappen erfolgen. In einem ersten Schritt sollten die Arbeitnehmerinteressen im neu gegründeten Gewerkschaftsbund gebündelt werden, freilich nicht ohne die oppositionellen Teile der Gewerkschaften völlig zu entmachten und die Gewerkschaftsführung zu einem willigen Instrument zur Durchsetzung der Herrschaftsinteressen des neuen Regimes zu machen. Der zweite Schritt sollte die Organisation der Unternehmer in den jeweiligen Unternehmerbünden beinhalten. Bei diesen beiden Etappen handelte es sich nur um vorbereitende Maßnahmen. Erst in einem dritten und letzten Schritt sollten die Interessen der Arbeitnehmer und die der

4 Vgl. zur inneren Entwicklung des Austrofaschismus Gerhard Botz: *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1945*, München 1983, S. 234ff.

5 Vgl. Wolfgang Wippermann: *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922-1982*, Frankfurt/M. 1983.

6 Ebenda, S. 97.

7 Zit. nach Klaus Berchtold (Hrsg.): *Österreichische Parteiprogramme 1868-1966*, Wien 1967, S. 430ff.

8 Neustädter-Stürmer, Verhandlungsschrift des Staatesrates, zit. nach Emmerich Tälös, Walter Manoschek: Politische Struktur des Austrofaschismus (1934-1938), in: Tälös, Emmerich, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): »Austrofaschismus«. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984, S. 75-119 (hier S. 90).

9 Daß ausgerechnet in diesen zwei Sparten die angestrebte Versöhnung der Klasseninteressen umgesetzt werden konnte, ist nicht verwunderlich. Im Falle des öffentlichen Dienstes handelte es sich nur mit Einschränkungen um einen tatsächlichen Berufsstand, da hier nur unselbständige Erwerbstätige und somit keine Unternehmer erfaßt wurden. Der Berufsstand Land- und Forstwirtschaft wies bereits vor der Zeit des Austrofaschismus für die Errichtung der angestrebten Ordnung günstige soziale Voraussetzungen auf. Die sozialen Beziehungen zeichneten sich durch geringe Konfliktintensität und patriarchale Strukturen aus. Dies wird auch dadurch verdeutlicht, daß die Land- und Forstwirtschaft jener wirtschaftliche Bereich war, aus dem sich rund 70 Prozent der Mitglieder der Heimwehren rekrutierten. Der agrarische Bereich bildete damit bereits vor der Etablierung des neuen Regimes einen wesentlichen Teil der sozialen Basis des Faschismus in Österreich. Vgl. Gerhard Botz: Soziale »Basis« und Typologie der österreichischen Faschismen im innerösterreichischen und europäischen Vergleich, in: Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte: Faschismus in Österreich und international, a.a.O., S. 20ff.

Arbeitgeber in einem »Berufsstand« zusammengefaßt werden. Den Austrofaschisten war durchaus klar, daß der Klassenkampf nicht einfach per Dekret aus der Welt geschafft werden konnte. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Begründung für das geschilderte schrittweise Vorgehen. Der damalige Sozialminister, ein prominentes Heimwehrmitglied, erläuterte, es sei politisch unmöglich, den Arbeitern schon frühzeitig ihre eigene Organisationsform zu nehmen und sie mit den Unternehmern gleich in einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzuführen. Dies sei nicht machbar, weil der jahrzehntelange Klassenkampf eine enorm große Kluft zwischen den nun nicht mehr so genannten Klassen geschaffen habe. »Hier muß das Vertrauen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgeberschaft Schritt für Schritt, Tag für Tag und Arbeit für Arbeit entstehen, bis es möglich wird, wirklich ein innerlich geschlossenes Ganzes zu haben.«<sup>8</sup>

Der angestrebte berufsständische Aufbau hatte vor allem propagandistischen Wert. Von den angestrebten sieben Berufsständen konnten lediglich zwei eingerichtet werden (Land- und Forstwirtschaft sowie öffentlicher Dienst).<sup>9</sup>

Für das Verständnis der aktuellen Situation in Österreich sind aber nicht nur die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der politischen Ahnen der ÖVP von Interesse, sondern vor allem auch die besondere Tradition des Antisemitismus in Österreich. Insgesamt kann der Austrofaschismus nicht als antisemitisches Regime bezeichnet werden. Zwar kamen viele der Regierungsmitglieder aus den klar antisemitischen Heimwehren oder der Christlichsozialen Partei, doch wurde als Regierungspolitik eine Linie vertreten, die man vielleicht als »taktischen Nicht-Antisemitismus« bezeichnen könnte.

Der Austrofaschismus war dem eigenen Selbstverständnis nach ein Gegenentwurf zum Nationalsozialismus.<sup>10</sup> Dieser Abgrenzungsversuch, der zunächst auch die Abgrenzung von den einheimischen Nazis beinhaltete, führte in die paradoxe Situation, daß ein von Antisemiten getragenes Regime keine antisemitische Politik verfolgte. Anlässlich der Diskussion einer letztlich nicht erlassenen antisemitischen Gesetzesvorlage 1936, in der Juden und Jüdinnen der Zugang zu bestimmten Berufen verwehrt werden sollte, läßt sich diese Strategie verdeutlichen. Die Austrofaschisten hatten einfach Angst, mit derartigen Gesetzen die Geschäfte der Nazis zu verrichten. Der taktische Nicht-Antisemitismus der Regierung hatte jedoch keinerlei Einfluß auf den nach wie vor grassierenden Antisemitismus weiter Bevölkerungsschichten.

### *Nationalsozialismus in Österreich*

Österreich (und hier vor allem Wien) spielte innerhalb des Dritten Reiches eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung antisemitischer Verfolgung. In *Saul Friedländers* Studie über »Das Dritte Reich und die Juden« wird unter anderem dargestellt, wie die jüdischen Gemeinden in Deutschland auf die »Machtergreifung« durch die Nazis 1933 reagierten. Er betont, daß die Juden und Jüdinnen noch einige Zeit lang glaubten, sie würden – wengleich unter schlechteren Bedingungen als zuvor – in Deutschland bleiben und leben können. »Trotz aller Schwierigkeiten war die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland noch nicht unwiderruflich bedroht.«<sup>11</sup>

Ganz anders war die Lage der jüdischen Bevölkerung in Österreich. Sie befand sich ab März 1938 in einer Situation, die selbst innerhalb des Deutschen Reiches beispiellos war. Die Juden und Jüdinnen wurden jedoch »... nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wiens ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern bereits in der Nacht davor ein.«<sup>12</sup>

Der ungezügelter antisemitische Terror veranlaßte selbst die neuen Machthaber, mäßigend auf die aufgepeitschte Bevölkerung einzuwirken. Zwei Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurden die wilden Ausschreitungen und unkoordinierten Enteignungen untersagt. Am 17. März 1938 drohte *Reinhard Heydrich* gar damit, die Gestapo gegen die ostmärkischen Parteigenossen einzusetzen, um die vollkommen »undisziplinierten« Übergriffe zu unterbinden.<sup>13</sup> An deren Stelle trat nunmehr die staatlich organisierte »Entjudung« der Gesellschaft. Die jüdische Gemeinde konnte zwar noch nicht wissen, daß die Politik des Regimes in der Massenvernichtung enden würde, doch ihr wurde sofort klar, daß es für sie in dem Land keine Zukunft geben konnte.

Innerhalb weniger Monate wurde durchgesetzt, was in den sechs Jahren der Nazi-Herrschaft in Deutschland nicht annähernd gelungen war. Die Enteignungen jüdischen Besitzes wurden mit der Politik einer wirtschaftlichen Rationalisierung verbunden, auf deren Basis das »Wirtschaftswunder« der Zweiten Republik überhaupt erst möglich wurde. Binnen kürzester Zeit wurden die Juden und Jüdinnen vollkommen aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Die von Adolf Eichmann eingerichtete *Zentralstelle für jüdische Auswanderung* organisierte die massenhafte Vertreibung.<sup>14</sup>

Die besondere Situation der jüdischen Bevölkerung Österreichs verdeutlicht der Historiker *Doron Rabinovici* an Hand des Novemberpogroms. Während die Ereignisse in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 für die jüdischen Gemeinden im »Altreich« eine einschneidende Wende bedeuteten, unterschieden sie sich in Österreich nur quantitativ von den Geschehnissen der vorangegangenen Monate. Bereits im Oktober wurden in Wiener Synagogen die Fenster zer schlagen, Gebetshäuser zerstört und der große Tempel im 2. Bezirk angezündet. »Auf den Punkt gebracht ließe sich sagen: Während im März 1938 der »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, wurde mit dem Novemberpogrom 1938 der Anschluß des »Altreichs« an die »ostmärkische Judenpolitik« vollzogen. Die vorhergehenden Ausschreitungen in Wien mögen erklären, warum das Novemberpogrom dort brutaler als in vielen anderen Städten ablief. (...) Der antisemitische Mob hatte die Gewalttaten schon eingeübt.«<sup>15</sup>

Diese »ostmärkische Judenpolitik« war in den Augen der nationalsozialistischen Behörden dermaßen effektiv und erfolgreich, daß die österreichischen »Experten« gewissermaßen zu »shooting stars« der deutschen Vernichtungspolitik wurden. In Berlin und Prag wurden nach dem Wiener Vorbild ebenfalls »Zentralstellen für jüdische Auswanderung« eingerichtet. Nach Beginn des Krieges schwärmten die österreichischen »Experten« im ganzen besetzten Teil Europas aus,

10 Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem Austrofaschismus bestand im ausgeprägt religiösen (katholischen) Charakter des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes, das deshalb auch des öfteren als »Klerikalfaschismus« bezeichnet wird.

11 Saul Friedländer: *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939*, München 2000, S. 73.

12 Doron Rabinovici: *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/M. 2000, S. 57.

13 Vgl. Hans Safrian: *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt/M. 1995, S. 31.

14 Vgl. Ebenda, S. 36ff.

15 Ebenda, S. 124.

16 Vgl. zu den Karrieren dieser »Experten« z. B. Götz Aly, Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/M. 1995, S. 43ff.

um an entscheidenden Stellen ihre »positiven« Erfahrungen aus Wien umzusetzen.<sup>16</sup>

### *Transformation in eine Opfergemeinschaft*

Österreich ist jenes Land, in dem es die Bevölkerung in Tateinheit mit der Regierung geschafft hat, die ehemalige Gemeinschaft raubender und mordender Volksgenossen nach 1945 gleichzeitig hinter sich zu lassen *und* in die postfaschistische Demokratie hinüberzuretten, indem man sich erfolgreich als *Opfergemeinschaft* gerierte. Die Österreicher waren damit die ersten Täter, die zu Opfern mutierten. Was in Deutschland in verstärktem Ausmaß seit der (Wieder)Vereinigung beobachtet werden kann, nämlich die Transformation der NS-Gefolgschaft in Opfer von alliierter Bombenterror etc., ist in Österreich – und zwar mit einer sehr viel konsequenteren Begründung – seit 1945 Realität. Die Österreicher waren in der Selbstsicht nicht Täter, aber auch nicht einfach nur Opfer der alliierten Kriegshandlungen, sondern die Österreicher waren in ihrer Selbstdefinition schlicht und einfach Opfer der Nazis.

Mit der Verklärung Österreichs zum ersten Opfer des Nationalsozialismus ging eine Ausbürgerung des Antisemitismus einher. Gemäß offizieller Lesart war alles Übel mit den deutschen Truppen über Österreich hereingebrochen. Das eindrucksvollste Dokument dieser Haltung ist die österreichische Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945. Zur Legitimation des neuen Österreich wurde angeführt, »... daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft (einer) völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat«<sup>17</sup>.

17 Zit. nach Josef Haslinger: Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt/M. 1995, S. 60.

Während eine Thematisierung der österreichischen antisemitischen Tradition nach außen hin nicht stattfand, wurde im Inneren nahtlos an eben diese Tradition angeschlossen. »Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten, wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben, mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.«<sup>18</sup> Mit Leopold Kunschak wurde die österreichische Unabhängigkeitserklärung von einem der wüstesten christlichsozialen antisemitischen Hetzer der Zwischenkriegszeit unterzeichnet. Kunschak, der sich noch im Dezember 1945 auf einer Massenkundgebung rühmte, er sei schon immer Antisemit gewesen, wurde zum ersten Präsidenten des Nationalrats gewählt und wird heute noch als einer der Gründerväter der Zweiten Republik verehrt.<sup>19</sup>

18 Zit. nach ebenda, S. 61.

19 Vgl. Bruce F. Pauley: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993, S. 400.

Max Horkheimer notierte Mitte der sechziger Jahre: »Das Schuldbekenntnis der Deutschen nach der Niederlage des Nationalsozialismus 1945 war ein famoses Verfahren, das völkische Gemeinschaftsempfinden in die Nachkriegsperiode hinüberzuretten. Das Wir zu bewahren war die Hauptsache.«<sup>20</sup> In Österreich gab es dieses von Horkheimer treffend eingeschätzte Schuldbekenntnis bis in die neunziger

20 Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Bd. 6, Frankfurt/M. 1991, S. 404.

Jahre überhaupt nicht. Das Wir-Gefühl aus der NS-Volksgemeinschaft, zementiert durch den gemeinsam begangenen Massenmord an Juden und Jüdinnen und durch den Vernichtungskrieg im Osten, mußte dort anders hinübergerettet, also in die postfaschistische Demokratie integriert und für sie bewahrt werden – eben durch die Uminterpretation der Tätergemeinschaft in ein Opferkollektiv.

Das beinahe fröhlich zur Schau gestellte Selbstmitleid läßt für die wahren Opfer der mordenden Volksgemeinschaft keinen Platz. Wird das kollektiv begangene Verbrechen dennoch einmal öffentlich thematisiert, wie im Zuge der Verhandlungen über Entschädigungszahlungen oder die Rückgabe sogenannten arisierten Eigentums, so setzt beinahe reflexartig jene »... Reaktionsform des nach außen Schlagens, sich ins Recht Setzens ...«<sup>21</sup> ein, die von Adorno bereits in den fünfziger Jahren als wesentlicher Bestandteil der Schuldabwehr analysiert wurde, und es wird das gesamte Repertoire an Argumentationsmustern jenes spezifisch österreichisch-deutschen sekundären Antisemitismus aktiviert, das in Deutschland aus der Mahnmahl-Diskussion oder der Walser-Debatte bekannt ist.<sup>22</sup>

Im politischen Tagesgeschäft der Zweiten Republik blieb offener Antisemitismus dennoch eher die Ausnahme, wengleich er bei einzelnen Anlässen immer wieder die Tabuisierung an der Oberfläche durchbrach.<sup>23</sup> Der Antisemitismus existiert hauptsächlich als eine Art gemeinsamer Fundus, auf den durch Anspielungen Bezug genommen werden kann, ohne deshalb Gefahr laufen zu müssen, als Antisemit bezeichnet zu werden.

Was die österreichische von der deutschen Post-Shoah-Normalität grundlegend unterscheidet, ist die Existenz einer Medienlandschaft, in der einerseits die größte Tageszeitung immer wieder offen rassistische und antisemitische Artikel publiziert. In der *Kronen Zeitung*, die gemessen am Verhältnis der Leserschaft zur Gesamtbevölkerung die größte Tageszeitung der Welt ist und von rund vierzig Prozent der Österreicher gelesen wird, finden sich fast täglich Artikel, die beispielsweise in der *Bild-Zeitung* so nicht erscheinen könnten und in Deutschland in solcher Häufigkeit und Konsequenz wohl nur in deklariert rechtsextremen Hetzblättern zu finden sind. Dies hat für die politischen Diskussionen in Österreich nicht zuletzt deshalb so unangenehme Auswirkungen, weil es andererseits so etwas wie eine (links)liberale mediale Öffentlichkeit kaum gibt.

### *Nationalismus der Zweiten Republik*

Im Gegenzug zur Erklärung »immerwährenden Neutralität«, die vor allem von der Sowjetunion gefordert wurde, ließen sich die Sieger des Zweiten Weltkriegs darauf ein, die Lüge, daß die Österreicher keine Täter, sondern die ersten Opfer des nationalsozialistischen Expansionsstrebens gewesen seien, in den Rang einer geschichtlichen Tatsache zu erheben. Diese milde Behandlung der Österreicher und Österreicherinnen haben diese den Alliierten jedoch keineswegs gedankt. Noch vor der Entlassung in die neutrale Selbständigkeit versuchte die österreichische Führung den derzeit schwachen Österreich-Nationalismus gegen die bis 1955 im Lande befindlichen alliierten Truppen zu kultivieren. Gemäß dieser Entstehungsgeschichte des staatstragenden Nationalismus der Zweiten Republik wird heute noch

21 Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr, in: Ders.: Soziologische Schriften II. Gesammelte Schriften, Bd. 9.2, Frankfurt/M. 1997, S. 175.

22 Vgl. Micha Brumlik, Hajo Funke, Lars Rensmann: Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000 sowie zum Begriff des sekundären Antisemitismus Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Berlin, Hamburg 1998, S. 231ff.

23 Vgl. Leopold Spira: Feindbild »Jud«. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich, Wien, München 1981; Barbara Kaindl-Widhalm: Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik, Wien 1990, S. 190ff.; Bruce F. Pauley: Eine Geschichte ..., a.a.O., S. 363ff. sowie die verstreuten Hinweise bei Heinz P. Wassermann: »Zuviel Vergangenheit tut nicht gut!« Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der Zweiten Republik, Innsbruck, Wien, München 2000.

gerne davon gesprochen, daß die Zeit der Besetzung in Österreich 17 Jahre gedauert habe. Man orientierte sich also um, nämlich auf ›österreichisch‹ anstatt auf ›großdeutsch‹. Diese Politik wurde von den eben noch vom Nationalsozialismus begeisterten Volksgenossen zwar augenzwinkernd als notwendig akzeptiert, dennoch dauerte es ziemlich lange, bis aus dem großdeutschen Wahn dauerhaft eine halbwegs ›normale‹ austro-nationalistische Verrücktheit wurde.

Der Austrofaschismus kann für sich das fragwürdige Verdienst in Anspruch nehmen, die »Konsolidierung der fragilen ›nationalen‹ Identität Österreichs«<sup>24</sup> eingeleitet zu haben. Dementsprechend gelten die Austrofaschisten bei vielen Österreichern auch nicht in erster Linie als Faschisten, die den Nazis den Weg bereiteten und ihnen die Zerschlagung der Arbeiterbewegung größtenteils abgenommen haben<sup>25</sup>, sondern als österreichische Patrioten, die Österreich vor dem deutschen Zugriff retten wollten. Um diese Einschätzung zu dokumentieren, hat die ÖVP bis heute das Bild von *Dollfuß* in ihren Parlamentsräumen hängen und *Andreas Khol*, langjähriger Klubobmann der Schwesterpartei der CDU, gehört zu den glühendsten Verteidigern des klerikal-faschistischen Diktators.

Während die ÖVP also nie Probleme mit einem positiven Bezug auf Österreich hatte, tat sich ihr heutiger Koalitionspartner lange schwer. Bis in die neunziger Jahre hinein war die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) eine deutsch-nationale Partei. Erst Mitte der neunziger Jahre hat sie sich davon gelöst und statt dessen einen aggressiven Österreich-Nationalismus forciert.

### *Sozialpartnerschaft*

Die Rettung des Wir-Gefühls, von der *Horkheimer* sprach, erfolgte in Österreich aber nicht nur durch die Transformation vom Täter- zum Opferkollektiv, sondern wurde zusätzlich durch ein konsequent antiliberalistisches Wirtschafts- und Politikmodell nach 1945 untermauert. Das groß-deutsche, stolze, auf Expansion getrimmte Wir-Gefühl der NS-Zeit wurde nach 1945 durch das auch für den Austrofaschismus bereits charakteristische, auf Abwehr äußerer Einflüsse gerichtete, stets etwas beleidigt und grantelnd daherkommende »Mir san mir« ersetzt. Zugleich entstand mit den Großparteien Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und ÖVP, die jahrzehntelang Politik und Gesellschaft dominiert haben, ein Paradebeispiel für das, was *Johannes Agnoli* als »plurale Fassung einer Einheitspartei«<sup>26</sup> treffend charakterisiert hat. In Österreich herrschte nach 1945 eine – Österreich auch durchaus von Deutschland abhebende – postfaschistische Intimität, in die bald auch das sogenannte dritte Lager, also die Nazis, eingebunden waren. Die Grundlegung der großkoalitionären Stimmung nach 1945 hat *Ruth Beckermann* pointiert beschrieben: »Die Sozialisten verzichteten auf den Klassenkampf und die Konservativen auf öffentliche Dollfuß-Verehrung. Auf die Juden verzichteten sie alle.«<sup>27</sup>

Der großen Koalition entspricht die neben dem Parlamentarismus existierende und agierende österreichische Sozialpartnerschaft, also ein besonders stark ausgeprägter Korporatismus, der bis heute dafür sorgt, daß sich das Kapital in Österreich mit Streiks kaum herum-schlagen muß. Bereits 1946 konstituierte sich im Sozialministerium die Zentrallohnkommission, auf die im wesentlichen die Befugnisse

24 Siegfried Mattl: Modernisierung und Anti-Modernismus im österreichischen »Ständestaat«, in: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.): Auf in die Moderne! Österreich vom Faschismus bis zum EU-Beitritt, Wien 1996, S. 85.

25 Daß die Austrofaschisten mit ihren Maßnahmen objektiv zur Vorbereitung der NS-Herrschaft beigetragen haben, heißt nicht, daß das auch immer subjektiv intendiert war. Wichtige Fraktionen und Personen der Austrofaschisten hofften zumindest bis zum endgültigen Bündnis zwischen Mussolini und Hitler 1936 darauf, sich durch eine starke Bindung an Italien dem Einfluß und der Vereinahmung durch das nationalsozialistische Deutschland entziehen zu können.

26 Johannes Agnoli: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg i. Br. 1990, S. 53.

27 Ruth Beckermann: Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989, S. 69.



des NS-Treuhänders der Arbeit übergangen, womit der Grundstein zur modifizierten Fortführung der Ideologie »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« gelegt war. Die materielle Grundlage für die Sozialpartnerschaft wurde allerdings bereits in der NS-Zeit geschaffen.

Nach der Angliederung Österreichs an das Deutsche Reich kam es zu grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, die die Entwicklung des postfaschistischen Österreichs prägten und teilweise erst ermöglichten. War Österreich vor 1938 ein Land, dessen Wirtschaftsstruktur im wesentlichen aus Kleinbetrieben und Landwirtschaft bestand, entwickelte es sich nach den sieben Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich zu einem gut strukturierten Kleinland mit einigen zukunftsächtigen industriellen Betrieben.<sup>28</sup> Diese neu entstandenen Industrien (etwa die VOEST in Linz – die vormaligen Hermann-Göring-Werke) bildeten das Kernstück der verstaatlichten Industrie, ohne die die Nachkriegssozialpartnerschaft in dieser Form nicht hätte existieren können.

Ein zentraler Aspekt der nationalsozialistischen Modernisierungsbestrebungen im wirtschaftlichen Bereich war der Einsatz von Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen. Spätestens seit dem Überfall auf die Sowjetunion war die weitere Expansion der österreichischen Wirtschaft auf die Zwangsrekrutierung von ausländischen Arbeitskräften und den Einsatz von Arbeitskräften aus den Konzentrationslagern angewiesen. Diese Zwangsarbeiter haben die Grundsteine für die postfaschistische Entwicklung nach 1945 gelegt.<sup>29</sup>

»Wird der Faschismus auf die formalisierte Barbarei von ›totalitärer Herrschaft‹, ›Eroberung‹, ›Ausrottung‹ ... reduziert, so erübrigt sich jede Diskussion darüber, was zum Beispiel am westdeutschen Programm der sozialen Symmetrie oder an der Politik der französischen *planification* generell technokratisch und was speziell faschistisch-korporative Züge aufweist.«<sup>30</sup> Diese Diskussion wäre in jedem Fall zu führen, und vermutlich würde sich so auch einer der zentralen Unterschiede von korporatistischen Modellen in den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus einerseits und beispielsweise Schweden oder Holland andererseits zeigen. Selbstverständlich ist auch in letztgenannten Ländern der Korporatismus nicht einfach nur technokratisch-demokratische Verwaltungsmöglichkeit, sondern hat in Ansätzen ebenfalls den faschistischen Sozialpakt zum Vorbild oder zumindest zum Vorläufer. In Deutschland und in Österreich ist er aber immer auch ein Behältnis für die verflorenene Gemeinschaft der Volksgenossen. Die Sozialpartnerschaft ist eine Konstruktion, die nicht nur ein harmonisches Verhältnis von Arbeit, Kapital und Staat herstellt und so die Gesellschaft versucht zu homogenisieren und zu formieren, sondern auch ein nationales Dach, unter dem der Demokratie angeblich so widersprechende Antisemitismus und Rassismus ebenso fortgeführt wird und prächtig gedeiht wie der negative, nämlich nationale Kollektivismus.

Seit geraumer Zeit wird sowohl in Österreich als auch in der BRD zur Vorgeschichte der Sozialpartnerschaft geforscht. Es wurde nach Vorläufern im 18. Jahrhundert, strukturellen Voraussetzungen im 19. Jahrhundert, ersten korporatistischen Versuchen in der Ersten Republik und – bei linken Historikern oder Politikwissenschaftlern – im Austrofaschismus gesucht.<sup>31</sup> Über den Nationalsozialismus wird in

28 Lange Zeit war es umstritten, ob die österreichische Wirtschaft durch den Krieg nicht vielleicht doch eher unter dem Anschluß gelitten habe. Es hat sich jedoch die Einschätzung durchgesetzt, daß das NS-Regime die Grundlagen für die Entwicklung nach 1945 geschaffen hat (vgl. Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978; Hans Kernbauer, Fritz Weber: Österreichs Wirtschaft 1938 – 1945, in: Tàlos, Emmerich u. a. (Hg.): NS-Herrschaft 1938 – 1945, Wien 1988; Norbert Schausberger: Der Strukturwandel des ökonomischen Systems 1938 – 1945, in: Rudolf G. Ardel, Hans Hautmann (Hg.): Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien 1990; Harald Walser: Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit, Bregenz 1989).

29 Vgl. Florian Freund, Bertrand Perz: Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Tàlos, Emmerich u. a. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich ..., a.a.O.

30 Johannes Agnoli: Faschismus ohne Revision, Freiburg i. Br. 1997, S. 28f.

31 Vgl. Emmerich Tàlos: Entwicklung, Kontinuität und Wandel der Sozialpartnerschaft, in: Emmerich Tàlos (Hg.): Kontinuität und Wandel eines Modells, Wien 1993, S. 15; Ders.: Sozialpartnerschaft: Zur Entwicklung und Entwicklungsdynamik kooperativ-konzentrierter Politik in Österreich, in: Peter Gerlich u. a. (Hg.): Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien, Köln, Graz 1985, S. 55; Anton Pelinka: Modellfall Österreich? Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft, Wien 1981, S. 107.

32 Eine der seltenen Ausnahmen stellt eine Darstellung aus dogmatisch-partei-kommunistischer Sicht dar, in der nicht nur auf Parallelen der Sozialpartnerschaft mit der christlichen Soziallehre und dem Austrofaschismus, sondern auch mit »dem Nazimythos von der ›Volksgemeinschaft« hingewiesen wurde (vgl. Ernst Wimmer: Sozialpartnerschaft aus marxistischer Sicht, Wien 1979, S. 8).

33 Emmerich Tàlos: Entwicklung, Kontinuität und Wandel ..., a.a.O., S. 14; Olaf Scheider: Sozialisierung oder Sozialpartnerschaft. Österreich und Deutschland nach der Stunde Null des Jahres 1945, Stuttgart 1991, S. 7f.; Anton Pelinka: Modellfall Österreich ..., a.a.O., S. 2.

34 Vgl. Anton Pelinka: Modellfall Österreich ..., a.a.O., S. 106.

35 Vgl. Olaf Scheider: Sozialisierung oder Sozialpartnerschaft ..., a.a.O., S. 1 und 8.

36 Vgl. grundsätzlich Willy Huhn: Etatismus – Kriegsozialismus – Nationalsozialismus in der Literatur der deutschen Sozialdemokratie, in: Neue Kritik, Nr. 55/56, 1970, S. 647ff. Wenn partielle Übereinstimmungen zwischen verschiedenen Ideologien konstatiert werden, heißt das nicht, daß sie gleichzusetzen sind, sondern lediglich, daß in bestimmten Punkten Gemeinsamkeiten existieren.

diesem Zusammenhang in der Regel jedoch kaum ein Wort verloren.<sup>32</sup> Der Korporatismus nach 1945 gilt als Fortführung erster Annäherungsversuche der gesellschaftlichen Lager und der politischen Parteien in den ersten Jahren der Ersten Republik. Der Austrofaschismus wird zwar als struktureller Vorläufer betrachtet, aber es wird zu Recht betont, daß es hier keine allseitige Zustimmung von Staat, Bürgertum und Proletariat gab, sondern daß es sich um eine verordnete Sozialpartnerschaft handelte.<sup>33</sup>

Der große Unterschied zwischen faschistischem Korporatismus und Sozialpartnerschaft nach 1945 wird gerade in der Freiwilligkeit ausgemacht, also in der Tatsache, daß sich Kapital und Arbeit ohne Zwang zueinander und mit dem Staat in ein harmonisches Verhältnis setzen.<sup>34</sup> Genau hier wird aber übersehen, daß der Austrofaschismus und vor allem der Nationalsozialismus die Verhältnisse offenbar gerade *dahingehend* modifiziert haben, daß alle maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen von sich aus der zumindest partiellen Fortsetzung eines faschistischen Projekts, nämlich der umstandslosen Verpflichtung aller auf das Allgemeinwohl, zustimmen. Was den Unterschied zum Faschismus ausmachen soll, bestätigt hier gerade sein Nachwirken.

Dazu paßt auch, daß als weiterer Unterschied in der Literatur gerne angeführt wird, daß der faschistische Korporatismus auf einer entsprechenden Ideologie beruhte, während die postfaschistische Sozialpartnerschaft am Anfang eher aus der *Praxis* der unmittelbaren Nachkriegszeit entstand, ohne daß alle Beteiligten eine korporatistische Ideologie auf ihre Fahnen geschrieben hätten.<sup>35</sup> Das theoretische Konzept wie die praktische Umsetzung der Verpflichtung aller auf das Allgemeinwohl war demnach allen Beteiligten dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie auch ohne konzeptionelle Vorgaben bei einem korporatistischen Modell landeten.

Zentral für eine sozialpartnerschaftliche Orientierung war die zunehmende ›Verstaatlichung der Arbeiterbewegung‹, die sie, in Form etatistischer Parteien als Vertreterinnen der schaffenden Menschen einerseits und des Staatswohls andererseits auftretend, nahezu zwangsläufig zumindest in die Nähe faschistischer Gemeinwohlkonzeptionen brachte. Österreichische Politologen und Politologinnen gehen in der Regel davon aus, daß sich die Sozialpartnerschaft unterschiedlichen Traditionen zuordnen läßt, nämlich einer faschistischen, verkörpert etwa in *Othmar Spann*, und einer sozialdemokratischen, verkörpert in *Otto Bauer* oder auch *Karl Renner*. Dabei wird aber übersehen, daß dies nur deswegen möglich ist, weil man hier auf eine der zumindest partiellen Übereinstimmungen genuin faschistischer und rechts-sozialdemokratischer Grundsätze stößt – dem gnadenlosen Staatsfetischismus sowie die ihm inhärente Bindung von Interessen an die Allgemeinheit, die Beschränkung jedes partikularen Bedürfnisses durch die Bedürfnisse des übermächtigen Gewaltmonopolisten.<sup>36</sup>

Unabhängig von all dem ist die Sozialpartnerschaft einerseits durchaus Ausdruck der relativen Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung, da sie ihr umfangreiche Mitspracherechte in vielen, nicht nur unmittelbar wirtschafts- oder sozialpolitischen Bereichen sichert. Andererseits spielt sie eine zentrale Rolle bei der Transformation der österreichischen Gesellschaft von einem Teil der großdeutschen Volksgemeinschaft hin zu einer österreichischen Opfergemeinschaft.

In dieser Gemeinschaft sorgen sich Staat, Kapital und Arbeit kollektiv um das Wohlergehen ihrer Nation. Da die staatliche Gewalt der Garant der Zusammenarbeit von Arbeit und Kapital ist, wurde der Staat zumindest bis zu den ernsthafteren Krisenerscheinungen seit Anfang der neunziger Jahre auch als zuverlässiger Garant der materiellen Versorgung des gesamten Staatsvolkes akzeptiert. Die Sozialpartnerschaft stiftet so eine besondere Form von unterwürfigem Staatsbürgerbewußtsein.

Dieses ›österreichische Bewußtsein‹ überbietet in seiner prinzipiellen Verpflichtung jeglicher partikularer Interessen auf das Wohl der angeblich im politischen Souverän verkörperten Allgemeinheit vielleicht sogar noch die aggressive Untertanenmentalität der Deutschen und ihre Anbetung einer übergeordneten, auf Werten beruhenden »freiheitlich demokratische Grundordnung« – ein Konzept, das in dieser Form in Österreich nicht bekannt ist, auch wenn einzelne Politiker immer mal wieder von einem imaginären »Verfassungsbogen« reden. In bezug auf die BRD ist es nicht zuletzt angesichts der Notstandsgesetzgebung völlig richtig, davon zu sprechen, daß der faschistische Ausnahmezustand in die demokratische Normalität integriert wurde, Politik als permanenter Notzustand betrieben wird, und daß dadurch ein System aktiver Krisenprävention installiert wurde.<sup>37</sup> In Österreich gibt es Notstandsgesetze in dieser Form nicht, was aber seinen einfachen Grund darin hat, daß die »Sublimierung des Klassenkampfes durch die Sozialpartnerschaft«, wie *Bruno Kreisky* das einmal genannt hat<sup>38</sup>, derart geglückt ist, daß Notstandsszenarien jeglicher Art ohnehin kaum vorstellbar sind.

Mit der Etablierung der blau-schwarzen Koalition ist die Orientierung am Gemeinwohl konsequenterweise auch im Regierungsprogramm festgehalten worden. Darin heißt es lapidar: »Es gibt keinen Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit.« Der Bereich »Arbeit«, der zuvor zum Sozialministerium gehörte, wurde ins Wirtschaftsministerium verlagert. Kanzler *Schüssel* betrachtet dies als eine der wichtigsten Errungenschaften der neuen Regierung und brachte in seiner ›Rede zur Lage der Nation‹ am 15. Mai sein Entzücken darüber zum Ausdruck. »Endlich, zum ersten Mal, ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, nicht einen Arbeitgeberminister und einen Gewerkschaftsminister, sondern einer, der Sorge trägt, daß das Ganze im Vordergrund steht und nicht Detailinteressen.«<sup>39</sup>

Lange bevor es zur augenblicklichen Koalition kam, wurde in den siebziger Jahren mittels einer kreditfinanzierten Wirtschafts- und Sozialpolitik jenes materielle Substrat geschaffen, das dem Austropatriotismus gegenüber der Deutschtümelei in großen Bevölkerungskreisen endgültig zum Durchbruch verhalf. Der sogenannte Austrokeynesianismus unter *Kreisky*, der zum Teil sehr unkeynesianische Elemente wie eine Hartwährungspolitik inklusive einer fixen Anbindung des Schillings an die D-Mark im Jahr 1976 enthielt<sup>40</sup>, lieferte die Grundlage dafür, daß heute die meisten Österreicher und Österreicherinnen die Geschichte der Zweiten Republik als »Erfolgsstory« betrachten und sich auch *Jörg Haider* genötigt sah, nicht mehr die Abschaffung der Zweiten Republik zugunsten einer Dritten, sondern nur mehr die radikale Reformierung der eben doch erfolgreichen Zweiten Republik zu fordern.

37 Vgl. Clemens Nachtmann: Die postfaschistische Demokratie in der Krise, in: Dokumentation der Beiträge zum antinationalen und antideutschen Aktionswochenende am 6./7. Mai 1995, S. 26.

38 Zit. nach Hans Margulies, Ulrike Moser, Susi Rosner-Valter: Der verwaltete Klassenkampf – Gewerkschaften in Österreich, in: Marion F. Hellmann u.a. (Hg.): Europäische Gewerkschaften, Berlin 1980, S. 102.

39 Wolfgang Schüssel: Rede zur Lage der Nation, 16. August 2000 (<http://www.oevp.at/schue/re-den/index.asp>).

40 Vgl. Franz Delapina: Was kommt nach der Modernisierung? Überlegungen zum Strukturwandel in Österreich, in: Österreichische Gesellschaft für kritische Geographie (Hg.): Auf in die Moderne! Österreich ..., a. a. O., S. 243.

*Haider als Kritiker der Sozialpartnerschaft*

Aber seit Beginn der neunziger Jahre ist die Republik nicht mehr gar so erfolgreich bei der Alimentierung ihres Staatsvolks, und daher kommt auch der Korporatismus zunehmend in Verruf. Angegriffen wird er jedoch nicht mehr, wie teilweise noch in den fünfziger Jahren, von kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeitern<sup>41</sup>, sondern von der FPÖ und von der ÖVP, die diese Sozialpartnerschaft jahrzehntelang mit getragen haben. »Noch immer gibt es innere Besatzungsmächte – innere Besatzungsmächte, die wir nicht so leicht los werden mit einer Unterschrift oder mit einer großen Versammlung. Das sind die Bequemlichkeit, die Mutlosigkeit, die Entscheidungsscheue, aber auch die Gier, der Egoismus, der Konsumismus, der Kampf um die ›wohl-erworbenen Rechte‹ – all dies sind innere Besatzungsmächte, von denen wir frei werden sollten.«<sup>42</sup> Die neue Regierung will das gemeinschaftsstiftende der Sozialpartnerschaft beibehalten, ihr materielles Substrat hingegen, die relativ komfortable Alimentierung der abhängig Beschäftigten, überwinden.

Wenn *Jörg Haider* nicht gerade gegen Ausländer und Ausländerinnen netzt, ist eines seiner Lieblingsthemen die Kritik an der österreichischen Sozialpartnerschaft. Die demokratisierten Nazis von der FPÖ profitieren nahezu zwangsläufig von der Krise des Austrokeynesianismus, die das im bürgerlichen Subjekt angelegte Potential von Rassismus und Antisemitismus immer offener zutage fördert. Im prosperierenden Fordismus waren Volk und von der SPÖ dominierter Staat als erfolgreiche Wertproduktionsgemeinschaft vereint. Nun scheint es für das wert- und staatsfetischistische Subjekt so, als würde die Sozialdemokratie aus purer Gemeinheit oder im vorauseilenden Gehorsam gegenüber nicht dingfest zu machenden internationalen Machtzentren ihre korporatistischen Versprechen zugunsten eines Neoliberalismus verraten. Die Subjekte können die eigene Vergesellschaftung mittels der Verwertung des Werts nicht begreifen und müssen sich daher permanent dunkle Mächte halluzinieren, die für alles und jedes verantwortlich gemacht werden. Das öffnet der schizophrenen Propaganda der Freiheitlichen Tür und Tor.

Schizophren ist diese Propaganda insofern, als *Haider* sich einerseits als konsequenter Kritiker des Kammernstaats, des roten Filzes, der Packelei, leistungsfeindlicher Sozialleistungen, kurz: der Sozialpartnerschaft und aller ihrer Folgen geriert, sich andererseits aber als Anwalt der angeblich von der Sozialdemokratie im Einklang mit der internationalen Finanzmafia betrogenen Arbeitskraftbehälter aufspielt. In *Haider* erwächst so aus der postfaschistischen Normalität ein modernisierter und demokratisierter Führertyp, der vermutlich tatsächlich nicht weiß, wie er also konsequente Deregulierung der Gesellschaft *und* Schutz der eingeborenen Deklassierten oder von Deklassierung bedrohten unter einen Hut bringen möchte.

Die ökonomische Unterfütterung der Volksgemeinschaft mittels sprunghaft gesteigerter Staatsnachfrage, wie im Nationalsozialismus vorexerziert, scheint heute nicht mehr möglich.<sup>43</sup> Angesagt ist die von anderen Parteien bereits betriebene sogenannte Verschlangung des Staates. Die Freiheitlichen wollen das durchaus konsequent fortsetzen und sind insofern auch in diesem Fall nur die Vollender der postfaschistisch-demokratischen Entwicklung der Zweiten Republik.

41 Vgl. Emmerich Tälös: Entwicklung, Kontinuität und Wandel ..., a.a.O., S. 20.

42 Wolfgang Schüssel: Rede zur Lage der Nation ..., a.a.O.

43 Vgl. Gerhard Scheit: Der Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft, in: Weg und Ziel, Nr. 4, 1998, S. 29.

Und dennoch sind sie mehr als einfach nur die Speerspitze der ökonomischen Liberalisierung und Deregulierung, als die sie von traditions-marxistischen Gruppierungen innerhalb der österreichischen Protestbewegung gegen die schwarz-blaue Regierung permanent kritisiert werden. Nicht unbeträchtliche Teile bei den Freiheitlichen fordern vielmehr vehement die Einführung von Schutzzöllen und andere gar nicht liberale Beschränkungen im Waren- und Personenverkehr.

Die Freiheitlichen vereinen hier einen Widerspruch, der aus der Krise des Austrokeynesianismus entsteht. Galt der korporatistische Staat des Austrokeynesianismus als Sachwalter und Anwalt der ehrlichen Arbeit und des auf das Gemeinwohl verpflichteten Kapitals, so gilt er den meisten Warenmonaden heute als Räuber an der ehrlichen Arbeit und zugleich zunehmend als asozialer Vertreter des vagabundierenden Finanzkapitals. Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich eine Gemeinschaft von Wählenden herausgebildet, die sich permanent betrogen wähnen. Die einen, die an der Mehrwertproduktion nach wie vor in nicht unbeträchtlichem Ausmaß profitieren, mißtrauen dem Staat, weil er die Pauper überhaupt noch mittels Transferleistungen versorgt, die anderen, die zunehmender Verelendung ausgesetzt sind, sehen sich hingegen verraten, weil der Staat diese Transferleistungen permanent zusammenkürzt.<sup>44</sup>

Diese Gemeinschaft spaltet sich zum Teil parteipolitisch auf, in *Haider* und den Freiheitlichen ist sie jedoch vereint. Die unterschiedlichen Klientel finden sich alle in *Haider* wieder, der in seiner beachtlichen, auch in Kleidungsfragen stets demonstrierten Wandlungsfähigkeit sowohl unerträgliche gemeinschaftliche Wärme und bedrohliche Herzlichkeit für sorgengeplagte Menschen ausstrahlt, als auch zur Leitfigur für die erfolgreichen, kaltschnäuzigen, neureichen Hedonisten werden konnte. Als solcherart hedonistisch-asketischer, modernistisch-anachronistischer Führtyp könnte er durchaus Modellcharakter haben.

Trotz dieser potentiellen Vorbildrolle, trotz aller Ähnlichkeiten zwischen Politikern wie *Haider* und beispielsweise *Tony Blair* und trotz der Übereinstimmungen von sozialdemokratischer und freiheitlicher Migrationsverwaltung ist die FPÖ nicht einfach eine demokratische Partei wie andere auch. Sie ist auch nicht einfach gleichzusetzen mit den mehr oder weniger offen faschistischen Parteien in anderen Ländern, in denen der Nationalsozialismus als Besatzungsmacht und nicht wie in Österreich und Deutschland als demokratisch legitimierte Volkserhebung aufgetreten ist. So sehr der Rassismus und Nationalismus eines *Haider* jenem von sämtlichen westeuropäischen demokratischen Normalstaatsrassisten und Nationalisten ähnelt, ist immer zu berücksichtigen, daß *Haider* ein Politiker in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft ist. Und nur in solch einer Gesellschaft kann beispielsweise der mit sämtlichen Motiven des sekundären Antisemitismus arbeitende Antisemitismus *Haiders* und anderer FPÖler in seiner aktuellen Form funktionieren.

#### *Demokratischer Faschismus*

In den Flugblättern und Kommentaren aus dem Umfeld der österreichischen Protestbewegung gegen die blau-schwarze Regierung werden die unterschiedlichsten Einschätzungen zu dem angeboten,

44 Vgl. Uli Krug: Der regionale Wettbewerbsstaat. Europa am Ende des Keynesianismus, in: *Bahamas*, Nr. 24, 1997, S. 16.

was die FPÖ oder *Jörg Haider* eigentlich seien. Einige können sich noch nicht ganz entscheiden und sehen in *Haider* mal einen Linken und mal einen Austrofaschisten. Andere bemühen die historische Parallele und verkünden kurz und bündig »Haider ist Hitler«. Wieder andere wollen Wörter wie Faschismus und Nationalsozialismus gar nicht mehr in den Mund nehmen, wenn sie über *Haider* und die FPÖ reden, sondern sehen im neuen Führer nur mehr ein Produkt der post-modernen Zersetzung der Demokratie.

Man soll sich offensichtlich entscheiden. Ist *Haider* nun Demokrat oder Faschist? Seine Anhänger beteuern natürlich ersteres, während die meisten seiner Gegner – nicht zuletzt aufgrund ihres nahezu grenzenlos idealistischen Demokratiebegriffs – auf letzterem beharren. Niemand scheint auf die Idee zu kommen, daß er beides zugleich, Demokrat und Faschist, sein könnte und daß gerade darin seine Gefährlichkeit besteht.<sup>45</sup>

45 Vgl. Gerhard Scheit: *Der Führertyp ...*, a.a.O., S. 27.

Eine modernisierte Organisation einer Gesellschaft in faschistischer Tradition bedarf heute nicht mehr zwangsläufig der Abschaffung der Demokratie. Demokratie und Faschismus sind vor allem in den post-faschistischen Gesellschaften kein sich zwangsläufig ausschließendes Paar von Gegensätzen.

46 Ebenda, S. 30.

*Haider* »weckt, organisiert und beschleunigt die Selbsttätigkeit«<sup>46</sup>, die Rassismus und Volksgemeinschaft heute erfordern. »Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem beschwörenden Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen«<sup>47</sup>, um bei den Angesprochenen die rassistische, antisemitische und nationalistische Eigenaktivität in Gang zu setzen. Die Österreicher werden so motiviert, den Fetisch von Kapital und Nation selbständig weiterzudenken und ganz von selbst, eigenverantwortlich und selbstbestimmt, den Faschismus in die Demokratie einzusenken.

47 Ebenda.

Von solch einer Option eines demokratischen Faschismus hat der Schriftsteller *Michael Scharang* schon in den achtziger Jahren, fast noch unbeeindruckt von der FPÖ, gesprochen.<sup>48</sup> Der Begriff wird hier aber dennoch nur als vorläufiger Arbeitsbegriff verwendet, der noch näherer Explikationen bedarf. Zum einen beinhaltet er das Problem, daß der unabdingbare, mal explizite, mal implizite Bezugspunkt *Haider*s, der Nationalsozialismus, zugunsten des Faschismusbegriffs verschwindet. Zum anderen hat er den unschätzbaren Vorteil, daß er, auch ohne daß der Begriff für eine konsistente Theorie steht – jenes Paradox zu fassen versucht, das *Haider* und die FPÖ insofern darstellen, als jeder merkt oder merken könnte, daß es falsch ist, *Haider* nur einen Faschisten oder *nur* einen Demokraten zu nennen.

48 Vgl. Michael Scharang: *Die Demolierung Österreichs oder der Weg in den demokratischen Faschismus*, in: konkret, 1986, Nr. 10.

Der demokratische Faschismus bricht mit der historischen Form des faschistischen Verhältnisses von Bürgern beziehungsweise Volksgenossen und Staat. Während der traditionelle faschistische Staat der absolute Souverän ist, der seine Macht aus dem Bündnis mit seinen Bürgern in Abgrenzung gegen äußere und innere Feinde gewinnt, erscheint im demokratischen Faschismus zusehends der starke Staat selber als Feind. Dennoch ist das nicht einfach eine Parallele zum Liberalismus. Denn das Individuum im demokratischen Faschismus wird nicht einfach als freier und gleicher Bürger, als Bourgeois, der seinen Geschäften nachgeht, begriffen, sondern als Ministaat, der weiß was

richtig ist und der daher auch dem Gesamtstaat reinreden kann, wenn dieser womöglich beginnt, gegen das ›gesunde Volksempfinden‹ zu agieren. Der Faschismus ist keineswegs nur als antidemokratischer Monsterstaat denkbar, sondern er kann als populistische Bewegung »auch im anti-etatistischen Gewand auftauchen, nicht um die Herrschaft selber in Frage zu stellen, sondern um ihre institutionelle Mäßigung abzuschütteln«. Der Führer dieser populistischen Bewegung ist *Haider*, ein Führer dieser individuellen Ministaaten, die Verbindung von ihnen mit dem zu verschlankenden Gesamtstaat.

Das heißt jedoch nicht, daß *Haider* darauf verzichten will, die autoritären Instrumentarien der österreichischen Demokratie gegen politische Gegner zu verwenden oder gegebenenfalls deren weiteren Ausbau zu fordern. So forderte *Haider* kürzlich im Hinblick auf Auslandsreisen des SPÖ-Vorsitzenden *Gusenbauer*, daß Politiker, die, wie er es nannte, Österreich öffentlich in Verruf bringen würden, mit dem Verlust ihrer Mandate oder selbst mit Gefängnis bestraft werden sollten. Es könne ja nicht angehen, daß *Gusenbauer* »mit Feinden Österreichs« zusammen Sekt trinke. Justizminister *Böhmendorfer* nannte *Haider*s Gedanken über die Kriminalisierung von Oppositionspolitikern einen »verfolgungswerten Vorschlag«<sup>49</sup>, und auch FPÖ-Klubobmann *Peter Westenthaler* konnte dem einiges abgewinnen. »Man muß sich schon einmal darüber klar werden, daß die diversesten Ausfälle von *Gusenbauer* und Co. gegen unsere Republik ungeahndet bleiben. Man muß sich die Frage stellen, ob sich ein Politiker nicht strafbar macht, wenn er gegen Österreich auftritt. (...) ... es gibt ja schon den Tatbestand des Hochverrats.«<sup>50</sup>

Der FPÖ-Chef verkörpert den Führertypus einer neuen Form von Demokratie und einer neuen Form von Volksgemeinschaft. Er ist der Protagonist einer spezifischen Form der postfaschistischen Demokratie, der Repräsentant der demokratischen Volksgemeinschaft.<sup>51</sup> Zentrales Moment der demokratischen Volksgemeinschaft ist die potenzierte Verinnerlichung und Subjektivierung von Zwang und Herrschaft, von Ausgrenzungswille und Ausgrenzungserduldung.

Ist diese Verinnerlichung nahezu vollständig vollzogen, so ist die adäquate faschistische Herrschaftsform die direkte Demokratie. Es ist kein Zufall, daß die Freiheitlichen und nicht wie noch in den achtziger Jahren die Grünen, heute die vehementesten Protagonisten von Plebisziten, von Volksbegehren und Volksentscheiden sind. Es scheint so, als ob die Demokratie mit *Haider* endgültig zu sich selbst käme und zugleich ihren historischen Widerpart, den Faschismus, integriert.

Auch wenn es noch deutliche, unübersehbare Unterschiede zwischen den plebiszitären Vorstellungen der FPÖ und traditionell linken basis- oder gar rätendemokratischen Vorstellungen gibt, kann die Demokratiebegeisterung eines *Haider* nicht einfach als Wiederbelebung alter faschistischer Vorstellungen, die auf die Absegnung vorgegebener Entscheidungen zielen, oder als reine Taktik abgetan werden. Sie sollte Anlaß für eine erneute Diskussion über das Verhältnis von Faschismus und Demokratie vor allem in den postnationalsozialistischen Gesellschaften sein.

49 Vgl. Hans Rauscher: Der Justizminister an *Haider*s Seite, in: Standard, 19. Mai 2000.

50 Zit. nach News, 20/2000.

51 Vgl. Gerhard Scheit: Der Führertyp ..., a.a.O., S. 27ff.; Ders.: Demokratischer Rassismus, Outsourcing des 01\*00 Staats. Thesen zum Verhältnis zwischen Nation und Bande, in: *krisis*, Nr. 23, 2000, S. 47ff.